

„Energy Talk zur Bundestagswahl 2025“

Die energiepolitischen Zielsetzungen der Parteien

Berlin, 29. Januar 2025 – Im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 lud das Forum für Zukunftsenergien Vertreter der zur Wahl stehenden Parteien ein, um mit ihnen und dem Auditorium die energie-, klima- und verkehrspolitischen Schwerpunkte des Wahlprogramms ihrer jeweiligen Partei zu diskutieren. Am 29. Januar 2025 waren die Bundestagsabgeordneten Dr. Maria-Lena Weiss von der CDU und Markus Hümpfer von der SPD zu Gast beim Forum für Zukunftsenergien.

Dr. Maria-Lena Weiss stellte das energiepolitische Wahlprogramm der CDU vor und betonte die Bedeutung der Orientierung am energiepolitischen Zieldreieck. Notwendig seien dafür eine pragmatische Kraftwerksstrategie, ein technologieoffener Kapazitätsmarkt, ein neues Strommarktdesign sowie ein effizienter Netzausbau. Zentral sei zudem die Stärkung der europäischen Energieunion und des Energiebinnenmarktes, um Versorgungssicherheit und Kosteneffizienz zu gewährleisten. Weiss sprach sich für den Erhalt der einheitlichen Stromgebotszone in Deutschland sowie eine Reform der Netzentgelte aus. Die CDU setzt auf Wasserstoff als strategischen Energieträger, dessen Markthochlauf durch eine verbesserte Infrastruktur und Planungssicherheit beschleunigt werden müsse. Ein pragmatischer Ansatz sei erforderlich, der nicht auf eine spezifische Wasserstofffarbe begrenzt ist und die gesamte Strategie in einen europäischen Rahmen einbettet. Das Abschalten der letzten drei deutschen Kernkraftwerke bezeichnete Weiss als Fehler und forderte deren Wiederinbetriebnahme, lehnte jedoch den Neubau von Anlagen ab. Stattdessen müsse sich Deutschland stärker auf die Forschung an Reaktortechnologien der vierten und fünften Generation konzentrieren. Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands müssten Forschung und Entwicklung gezielt gestärkt sowie Zukunftstechnologien „Made in Germany“ gefördert werden. Weiss verwies abschließend auf die Energieagenda der CDU vom Herbst 2024, die detaillierte Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele enthält.

Auf Nachfrage von Prof. Dr. Christian Küchen, Geschäftsführer von en2x – Wirtschaftsverband Fuels & Energie e. V., erklärte Weiss, dass die CDU mittelfristig auf Gas und langfristig auf Wasserstoff als zentrale Energieträger setze. Mit Blick auf den Verkehrssektor betonte sie, dass sich nicht alle Bereiche elektrifizieren lassen, es jedoch noch Potenzial gäbe. Zudem wolle die CDU auf Wasserstoff, Speichertechnologien und CCS/CCU setzen. Küchen fragte weiter, wie die CDU Investitionen in grüne Moleküle anreizen wolle. Weiss erwiderte, dass die Politik ein Ziel vorgeben und Rahmenbedingungen schaffen, jedoch nicht alles bis ins kleinste Detail regulieren könne. Sie räumte jedoch ein, dass das CDU-Wahlprogramm hierzu keine detaillierten Aussagen enthalte. Der Emissionshandel sei das zentrale Marktinstrument in den Sektoren Wärme und Verkehr, deswegen wolle man auch bei einem steigenden CO₂-Preis als Staat nicht eingreifen, um den Investoren Planungssicherheit zu geben. Die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung sollen gezielt in CO₂-Minderungsmaßnahmen fließen, insbesondere in der Luftfahrt. Um die staatliche Steuerung energie- und klimapolitischer Maßnahmen effizienter zu

gestalten, schlug Weiss zudem eine Zusammenführung der betroffenen Ministerien vor. Dies solle klare Zuständigkeiten schaffen und Entscheidungsprozesse beschleunigen.

Dr. Matthias Dümpelmann, Geschäftsführer der 8KU GmbH, sprach Weiss auf den Zielkonflikt zwischen Investoren und Verbrauchern bei der Senkung der Netzentgelte an, worauf Weiss betonte, der Staat dürfe sich zwar nicht der Verantwortung entziehen, aber auch nicht die vollständige Kompetenz an die Behörden übergeben. Energie würde zwar für den Verbraucher signifikant teurer werden, aber der Staat müsse an dieser Stelle unterstützend eingreifen. Dazu sei eine Prioritätensetzung im Haushalt notwendig. Auf die Frage hin, wie die CDU eine Kosteneffizienz beim Zusammenspiel zwischen erneuerbare Energien-, Infrastruktur- und Netzausbau garantieren wolle, verwies Weiss auf eine Effizienzwende. Zu dieser gehöre, dass man erst in eine Technologie einsteigen müsse, bevor man aus einer funktionierenden aussteige. Außerdem müsse man Maßnahmen stets auf Praxistauglichkeit und Kosteneffizienz überprüfen. Zudem komme man nicht umhin den Bedarf an Energie realistischer zu planen und man brauche eine Energiehandelsstrategie.

Jan Christoph Schaffrath, Geschäftsführer Energie- und Klimapolitik von DIE PAPIERINDUSTRIE e. V., betonte das Problem von Dunkelflauten und fragte nach Lösungen für die Überbrückung. Hier setze die CDU hauptsächlich auf Erdgas und Speicher, so Weiss. Man müsse schnell neue Gaskraftwerke bauen und das Potenzial von Strom- und Wärmespeichern heben.

Im zweiten Teil der Veranstaltung stellte Markus Hümpfer das Wahlprogramm der SPD vor. Es sei in der letzten Legislaturperiode zwar viel erreicht worden, es gäbe jedoch auch Potenzial für Verbesserungen. Dies bestünde hauptsächlich in der Senkung der Strompreise und der Steigerung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit. Deswegen wolle die SPD einen Industriestrompreis einführen, die Stromsteuersenkungen entfristen und eine ausgewogene Kraftwerksstrategie unter Beachtung grüner Moleküle konzipieren. Auch die Netzentgelte sollten gedeckelt und nach unten korrigiert werden, Hümpfer nannte 3 Cent als Richtwert. Außerdem müsse der Netzausbau vorangetrieben und ein neues Strommarktdesign zusammen mit einem Kapazitätsmarkt eingeführt werden. Auch den Wasserstoffhochlauf wolle die SPD mit Hilfe des Wasserstoffbeschleunigungsgesetzes weiter vorantreiben. Hümpfer betonte zudem die Etablierung grüner Leitmärkte als Maßnahme, um für Unternehmen grüne Produkte wie Stahl und Zement wirtschaftlich zu machen. Im Verkehrssektor müsse man die Potenziale der E-Mobilität weiter anreizen, wobei der Verkauf von E-Fahrzeugen gesteigert und ein Umdenken der Bevölkerung erreicht werden müsse. Insgesamt wolle die SPD für jede Branche mehr Planungssicherheit schaffen, darunter falle auch der „Made in Germany Bonus“ als Investitionsförderung und die Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen aus einem „Deutschlandfonds“, sowie die Mobilisierung privaten Kapitals.

Prof. Dr. Küchen fragte nach der Unterstützung von grünen Molekülen in Sektoren, die langfristigen Bedarf hätten, worauf Hümpfer zuallererst den Ausbau des Wasserstoffkernnetzes anbrachte. Im Schwerlastverkehr müsse es jedoch eine deutliche Beschleunigung des Hochlaufs grüner Moleküle geben. Dieser starte jedoch nur mit einem klaren Bekenntnis der Politik. Im Individualverkehr wolle Hümpfer e-Fuels nur im Ausnahmefall einsetzen, jedoch müsse man auch dort die Rahmenbedingungen, durch einen Bürokratieabbau und staatliche Zuschüsse anpassen, um Investitionen anzureizen. Auf Nachfrage nach dem Emissionshandel als Instrument für die Wende in Wärme und Verkehr versicherte auch Hümpfer, man wolle nicht in den CO₂-Preis eingreifen und stattdessen die unteren Einkommensschichten durch ein Klimageld entlasten.

Dr. Dümpelmann sprach unter anderem die Regulierung des Preises für Fernwärme an. Diesem wolle die SPD durch eine Anpassung der Wärmelieferverordnung entgegenwirken, so Hümpfer. Auf die Frage, ob eine Vereinfachung der rechtlichen Grundlage der Kraftwerksstrategie und des KWKG möglich wären, sagte Hümpfer, man müsse auf die Europäische Kommission und das Parlament zugehen, um hier eine gemeinsame Lösung zu finden. Zudem merkte Dümpelmann an, dass der Gebäudebereich nicht ausreichend dekarbonisiere. Hier gäbe es ein Missverhältnis zwischen der Höhe der Förderung und dem tatsächlichen klimawirksamen Nutzen. Hümpfer bestätigte dies, führte aber keinen Lösungsvorschlag an.

Schaffrath fragte Hümpfer nach den Plänen der SPD zur Überbrückung von Dunkelflauten. Hier würde die SPD hauptsächlich auf Erdgas als Übergangstechnologie setzen, bis Wasserstoff ausreichend verfügbar sei. Zusätzliche wolle man auch Biomasse nutzen. Die Gasspeicherumlage könne nach seiner persönlichen Meinung abgeschafft werden. In Bezug auf den kurzfristigen Umgang mit Preisspitzen merkte Hümpfer an, dass eine kurzfristige Lösung aufgrund der Dauer von Bauvorhaben wie dem Netzausbau schwer zu finden sei. Jedoch wolle man unter anderem auf PPAs und das Anreizen von Flexibilitäten setzen.

Wir danken dem en2x – Wirtschaftsverband Fuels und Energie e.V. und der 8KU GmbH für die Unterstützung sowie dem Deutschen Sparkassen und Giroverbandes (DSGV) für die Gastfreundschaft!

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Sie wollen Teil der energiepolitischen Debatte werden?

Dann werden Sie Mitglied im Forum für Zukunftsenergien e. V.

<https://zukunftsenergien.de/ueber-uns#c17>

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
www.zukunftsenergien.de
X (Twitter) [@FfZeV](https://twitter.com/FfZeV)
LinkedIn [@FfZeV](https://www.linkedin.com/company/fz-ev)